

Das Studierendenparlament möge beschließen:

Die Studierendenschaft der Universität Münster tritt mit sofortiger Wirkung aus dem freien Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs) aus.

Begründung:

Die Studierendenschaft der Universität Münster hat immer und wird weiterhin bundesweit aktiv für die Interessen der Studierenden eintreten. Wir sehen es auch weiterhin als unabdingbar an, uns bundesweit für die Studierenden einzusetzen und dabei für eine bessere Gesellschaft zu kämpfen. Im freien Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs) ist dies nicht mehr in dem Maße möglich, wie wir es uns wünschen. Der personelle und finanzielle Aufwand stehen in keinem Verhältnis mehr zum erzielten Ergebnis.

Der Austritt kommt zu einem Zeitpunkt, an dem der Vorstand des fzs den Perspektivenprozess für als erfolgreich beendet erklärt. Währenddessen sehen wir den Prozess für eine positive Veränderung im fzs als gescheitert an und sehen keine Perspektive mehr, die einen Verbleib im fzs auch gegenüber den Studierenden rechtfertigt. Der AStA der Universität Münster hat sich nach den ihm gegebenen Möglichkeiten an einer positiven Veränderung des fzs beteiligt. Dabei ist er mit seinen Initiativen, welche als Minderheitenmeinungen abgestempelt wurden, gänzlich gescheitert. Den Mitgliedern war dabei sehr wohl bekannt, dass diese Positionen auch von bereits ausgetretenen Hochschulen ebenfalls vertreten werden.

Der Beschluss der 32. Mitgliederversammlung zur Einrichtung einer Kommission zur Begleitung des Perspektivenprozesses beinhaltete den Auftrag, eine progressive Bildungspolitik zu ermöglichen. **Progressive Bildungspolitik**, das bedeutet nach der Gründungserklärung des fzs sich als **außerparlamentarische Opposition** nicht mit den bestehenden oder sich entwickelnden Verhältnissen abzufinden. In vielfacher Weise haben die Studierenden in den letzten Jahren diese progressive Bildungspolitik auf den Straßen und gelegentlich auch in den Foyers der Rektorate und Parlamente durch vielfältigen Protest gezeigt. Die Strukturen des fzs behindern jedoch eine möglichst breite Beteiligung aller Studierenden innerhalb der Strukturen eines bundesweiten Zusammenschlusses. Als Folge dessen ist der fzs nicht organisationsfähig und hinkt in seinen Positionen den aktuellen Entwicklungen hinterher. Die Durchlässigkeit von Positionen, um die die Studierenden an der Basis ringen, ist sehr gering.

Dabei muss dem fzs klar sein, dass seine Lobbyarbeit nur machbar wird durch die Möglichkeit, weiteren Druck aufzubauen. Das wichtigste Machtmittel der Studierenden ist der massive Protest. Ohne ihn wird der Lobbyismus wirkungslos. Deshalb sollte der fzs als einziger bundesweiter Zusammenschluss Strukturen schaffen, um öffentlichen Druck zu erzeugen. Er ist dafür zuständig, bundesweite Kampagnen, Demonstrationen und Aktionstage gemeinsam mit den Studierendenschaften zu organisieren. Wir sehen dagegen, dass der fzs in seiner jetzigen Entwicklung weiter den Kontakt zu den Studierendenschaften und den Studierenden selbst verliert.

Für die Arbeit sehen wir es als unabdingbar an, diese möglichst optimal im Sinne einer effektiven und demokratischen Arbeitsweise und Struktur zu gestalten. Die derzeitige Abgrenzung des fzs von zahlreichen Studierendenschaften und die Abgrenzung des Vorstandes gegenüber seinen Verbandsaktiven zeigt jedoch eine gegenteilige Entwicklung auf. Mit der 34.

Mitgliederversammlung in Potsdam findet nun eine weitere Zuspitzung der Arbeit des fzs auf die Vorstandstätigkeit und Geschäftsstelle statt. Eine beschlossene Beitragserhöhung dient vor allem der Ausbesserung der Aufwandsentschädigungen der Vorstandsmitglieder und einer Aufstockung des Vorstandes und der Geschäftsstelle. Demgegenüber stehen keinerlei Instrumente, welche die Basis, also die Studierenden und Studierendenschaften im fzs stärken. Entsprechend gestellte Anträge wurden von der Mehrheit der verbliebenen Mitglieder abgelehnt.

Wir erwarten, dass der Verband sich **offenere Strukturen** gibt, um möglichst viele Studierende an der Positionsfindung und Arbeit innerhalb des Verbandes zu beteiligen. Wir erwarten, dass ein Großteil der Ressourcen in die inhaltliche Arbeit und Vernetzung aller Studierenden gesteckt wird. Unter der Voraussetzung, dass der fzs diese Aufgabe erfolgreich bewältigt, können wir uns vorstellen, dass die Studierendenschaft der Universität Münster sich erneut am fzs beteiligt, um so die politischen Inhalte wieder mitgestalten zu können.

Die **inhaltliche Ausrichtung** progressiver Bildungspolitik kann sich nicht nur an den bestehenden Hochschulstrukturen und Gesetzen orientieren, solange die Politik von Ausgrenzung bestimmt wird. In die Analyse und Kritik muss auch die Position des/der Ausgegrenzten einbezogen werden. Solange dies nicht geschieht, werden sich die Positionen des fzs lediglich an einem Mainstream hochschulpolitischer Realität entlang hangeln und keine gesellschaftliche Veränderung bewirken. Zur bildungspolitischen Realität zählen jedoch auch zahlreiche Offene Universitäten, die Bildung grundlegender Begreifen, jedoch an der modernen Hochschule keinen Platz mehr finden, bzw. ausgegrenzt werden. Die Ausgrenzung kritischer Wissenschaft aus der Universität ist dabei eine direkte Konsequenz der aktuellen Hochschulreformen von Stiftungsuniversität, Exzellenzinitiative, Hochschulfreiheitsgesetz und Bologna-/Lissabonprozess, die sich unter dem Begriff Ökonomisierung der Hochschulen zusammenfassen lassen. Zur bildungspolitischen Realität gehört ebenso, dass zahlreiche Menschen die studieren möchten, dies nicht können. Die Gründe hierfür sind unter anderem im Bildungssystem, allgemeinen Studiengebühren, Langzeitstudiengebühren, Diskriminierung benachteiligter Gruppen und Auswahlverfahren zu suchen.

Inhaltliche und strukturelle Probleme des fzs bedingen einander. Wir können nicht erwarten, dass Ausgegrenzte sich in den Positionen des fzs wiederfinden, wenn die Strukturen eine Beteiligung verhindern oder zumindest erheblich erschweren. Hierzu zählten in der Vergangenheit vor allem auch Studierende aus der Protestbewegung, welche nicht den Weg in den fzs gefunden haben. Über Mehrheitsentscheidungen in die falsche Richtung wurde eine Öffnung des fzs verhindert. Diese Fehler sind gemacht worden. Sie haben jedoch dazu geführt, dass auch weiterhin eine Politik der Exklusion noch verstärkt wurde.

Wir wünschen uns eine grundständige Diskussion um studentische Politik als einen Baustein für die Öffnung für eine breitere Basis von Studierenden. Die Durchführung der sogenannten „BundesASTenKonferenz“ in Berlin hat gezeigt, dass diese Form der inhaltlichen, strukturellen und organisatorischen Arbeit auf große Resonanz stößt. Hier konnten Diskussionsstränge fortgesetzt werden, welche im fzs keinen Platz gefunden haben. Eine Öffnung für einen größeren Personenkreis hat stattgefunden.

Eine bundesweite studentische Arbeit und die Durchsetzung progressiver Positionen in der Gesellschaft bis hin in die Parteien und Parlamente ist möglich auch ohne die Beteiligung an einem strukturell und inhaltlich gegenüber den aktuellen Entwicklungen erstarrt wirkenden studentischen Dachverband fzs.

Im folgenden möchten wir noch auf einige konkrete Punkte eingehen, welche einen Austritt der Studierendenschaft der Universität Münster aus dem fzs neben der grundsätzlichen Kritik befördert haben.

Gescheiterte Kampagne „UN-Sozialpakt“

Die Kampagne „UN-Sozialpakt“ kann mittlerweile als gescheitert gelten. Sie zielte darauf ab, die Bundesrepublik Deutschland von der UN aus zu rügen und zwar bevor die entsprechenden Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht verhandelt werden. Die Bundesregierung hat

zunehmend ihren Bericht noch immer nicht eingereicht und der UN-Ausschuss hat angekündigt die Beschwerde nicht vor Ende 2009 zu behandeln. Dem fzs ist es nicht gelungen, die Bundesregierung ernsthaft unter Druck zu setzen und den UN-Ausschuss zum Handeln zu bewegen. Des Weiteren ist es nicht gelungen, mit der Kampagne die bereits begonnene Debatte beispielsweise in juristischen Fachzeitschriften weiter anzukurbeln, um so auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes positiv einzuwirken. Im Gegenteil, der fzs hat sich auf der MV in Lüneburg entschlossen dieses Projekt nicht weitergehend zu unterstützen und auch der Vorstand hat das Thema seit Einreichen der Beschwerdeschrift nicht weiter bearbeitet. Die Studierendenschaft der Uni Münster zeigt sich vor allem deshalb enttäuscht von diesem Vorgehen, als dass er als Anschubfinanzierung für dieses Projekt 1000 Euro bewilligt hat. Zwar nimmt der fzs in seine Außendarstellung das Menschenrecht auf Bildung mittlerweile regelmäßig mit auf und Vorstandsmitglieder nutzen das Thema zur eigenen Profilierung, bei der Durchsetzung dieses Menschenrechtes ist der fzs jedoch kaum förderlich.

Zusammenarbeit mit den Ausschüssen

Von allen Studierenden aus Münster, welche in Ausschüssen des fzs aktiv sind, wird von erheblichen Problemen in der Ausschussarbeit berichtet. Diese beziehen sich in den meisten Fällen auf die Zusammenarbeit mit dem jeweiligen Vorstand. Die Ausschussarbeit im fzs wird zunehmend als Zuarbeit für den Vorstand verstanden und weniger als Erarbeitung und Entwicklung von Positionen und Inhalten des Verbandes. Kommt es zu inhaltlichen Differenzen mit dem Vorstand wird die Arbeit der Ausschüsse blockiert.

Als ein Beispiel sei hier genannt, dass der Ausschuss Sozialpolitik seit längerer Zeit versucht, ein Seminar zum Thema „Grundeinkommen“ durchzuführen, welches vom Vorstand verhindert wird, obwohl es im Arbeitsprogramm des Ausschusses steht. In den meisten Fällen ist hierbei die Kommunikation vom Vorstand mit den Ausschüssen vollkommen unzureichend. Dies gilt auch für den Fall, dass der Vorstand neue Inhalte erarbeitet, wie den gemeinsamen Flyer mit dem DAAD zur Studienreform, an dem der entsprechende Ausschuss nicht beteiligt ist. Bei eigenen Initiativen dieser Art werden die Ausschüsse dagegen zunehmend blockiert.

Aufarbeitung der Sozialen Zusammensetzung innerhalb des fzs

Obwohl das Thema der „Sozialen Selektion“ durch die Erscheinung der PISA- oder auch der OECD-Studie immer stärker in die Öffentlichkeit rückte, gab es von Anfang an große Widerstände im fzs dieses Thema aufzuarbeiten. Erhebliche Widerstände gab es bereits, als die Tagung „klasse.bildung.klassenbildung“ durchgeführt werden sollte, welche sich im Nachhinein als großen Erfolg für den fzs und eine zukunftssträchtige Tagung herausstellte. Aus diesen Erfahrungen heraus gab es verschiedene Versuche, den fzs mit der Problematik der sozialen Benachteiligung zu konfrontieren. Gleichfalls gab es den Versuch die Benachteiligung von Frauen innerhalb des fzs wissenschaftlich zu untersuchen, welcher ebenso scheiterte, wie die Untersuchung der sozialen Zusammensetzung. Bei der Erhebung der sozialen Zusammensetzung der Mitgliederversammlung des fzs gelang es zwar, diese sogar in der Satzung des fzs festzuschreiben. Die Vorstände und Mitglieder auf den vergangenen Mitgliederversammlungen waren jedoch nicht bereit, die Satzung und damit die anonyme Befragung tatsächlich umzusetzen. Eben solche Ignoranz gegenüber Beschlüssen der Mitgliederversammlung zeigt sich an der Nichtumsetzung des verabschiedeten Antrages „Barrierefreiheit im fzs“.